

Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

### Inhalt

### I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 533/97 des Rates vom 17. März 1997 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2262/84 über Sondermaßnahmen für Olivenöl** ..... 1
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 534/97 des Rates vom 17. März 1997 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 über die Gewährung von Prämien zur endgültigen Aufgabe von Rebflächen in den Weinwirtschaftsjahren 1988/89 bis 1997/98** ..... 2
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 535/97 des Rates vom 17. März 1997 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel** ..... 3
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 536/97 des Rates vom 17. März 1997 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich der önologischen Verfahren und Behandlungen** ..... 5
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 537/97 des Rates vom 18. März 1997 zur Eröffnung eines Gemeinschaftszollkontingents für Gerste zur Malzherstellung des KN-Codes 1003 00** ..... 7
- Verordnung (EG) Nr. 538/97 der Kommission vom 24. März 1997 über die Lieferung von Getreide im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe ..... 8
- Verordnung (EG) Nr. 539/97 der Kommission vom 24. März 1997 zur Erteilung von Ausfuhrlicenzen nach dem Verfahren A2 im Sektor Obst und Gemüse ..... 16
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 540/97 der Kommission vom 24. März 1997 betreffend die Erteilung von Lizenzen zur Einfuhr von Bananen im Rahmen des Zollkontingents für das zweite Vierteljahr 1997 und die Einreichung neuer Anträge <sup>(1)</sup>** ..... 18

<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR

Verordnung (EG) Nr. 541/97 der Kommission vom 24. März 1997 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise .....	21
---	----

---

**Berichtigungen**

- \* **Berichtigung der Richtlinie 96/69/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Oktober 1996 zur Änderung der Richtlinie 70/220/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft durch Emissionen von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1996)** 23
- \* **Berichtigung der Richtlinie 96/79/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über den Schutz der Kraftfahrzeuginsassen beim Frontalaufprall und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG (ABl. Nr. L 18 vom 21. 1. 1997)** 23

## I

*(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)*

**VERORDNUNG (EG) Nr. 533/97 DES RATES**  
**vom 17. März 1997**  
**zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2262/84 über Sondermaßnahmen für Olivenöl**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

*Artikel 1*auf Vorschlag der Kommission<sup>(1)</sup>,

In Artikel 1 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2262/84 erhalten die letzten zwei Unterabsätze folgende Fassung:

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments<sup>(2)</sup>,

„Die den Dienststellen für das Wirtschaftsjahr 1997/98 tatsächlich entstehenden Ausgaben werden zu 50 v. H. aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften gedeckt.

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Kommission prüft vor dem 1. Oktober 1997, ob die Beteiligung der Gemeinschaft an den Ausgaben der Dienststellen weiterhin erforderlich ist, und unterbreitet dem Rat gegebenenfalls einen Vorschlag. Der Rat beschließt nach dem Verfahren des Artikels 43 Absatz 2 des Vertrags vor dem 1. Januar 1998 über eine etwaige Finanzierung der betreffenden Ausgaben.“

Gemäß Artikel 1 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2262/84<sup>(3)</sup> beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission vor dem 1. Januar 1997, wie die Ausgaben der Kontrollstellen ab dem Wirtschaftsjahr 1997/98 finanziert werden.

Die den Kontrollstellen üblicherweise obliegenden Aufgaben müssen auch im Wirtschaftsjahr 1997/98 wahrgenommen werden. An den Ausgaben der Kontrollstellen in diesem Zeitraum sollte deshalb eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft geleistet werden, um einen wirksamen und regelmäßigen Betrieb dieser Stellen im Rahmen der mit der Verordnung (EWG) Nr. 2262/84 vorgesehenen Verwaltungsautonomie sicherzustellen —

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 17. März 1997.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

J. VAN AARTSEN

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. C 378 vom 13. 12. 1996, S. 16.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. C 85 vom 17. 3. 1997.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 12. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 593/92 (ABl. Nr. L 64 vom 10. 3. 1992, S. 1).

## VERORDNUNG (EG) Nr. 534/97 DES RATES

vom 17. März 1997

**zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 über die Gewährung von Prämien zur endgültigen Aufgabe von Rebflächen in den Weinwirtschaftsjahren 1988/89 bis 1997/98**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments <sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Artikel 1 Absatz 1 Unterabsätze 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 <sup>(3)</sup> bestimmen die Mitgliedstaaten die Gebiete, in denen für die endgültige Aufgabe von Rebflächen eine Prämie gewährt werden kann, und zwar vor Anwendung der genannten Maßnahme. Dabei sind Verspätungen eingetreten, so daß sich diese Maßnahme im Wirtschaftsjahr 1996/97 möglicherweise nicht mehr anwenden läßt. Die Frist für die Beantragung der Prämien bei den von den Mitgliedstaaten bezeichneten Stellen und die Frist für die Rodung sollten deshalb verlängert werden. Außerdem ist die Kumulierung der den Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr 1997/98 zugewiesenen Flächen einerseits und der für das Haushaltsjahr 1996/97 zugewiesenen Flächen, für die kein Antrag auf Gewährung der Prämie zur endgültigen Aufgabe gestellt wird, andererseits, zu erlauben.

Die Erfahrung bei der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 hat gezeigt, daß in dem Gebiet der Charentes der vorgesehene Pauschalbetrag nicht ausreicht, um die Aufgabe von Rebflächen mit den höchsten Erträgen zu gewährleisten. Da jedoch durch die Aufgabe

dieser Flächen das angestrebte Gleichgewicht am nachhaltigsten zu verwirklichen ist, sollte diese Pauschalregelung nicht mehr angewandt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

### Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 wird wie folgt geändert:

1. Dem Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Flächen, für die kein Antrag auf Gewährung der Prämie zur endgültigen Aufgabe für das Wirtschaftsjahr 1996/97 gestellt wurde, können den jedem Mitgliedstaat für das Wirtschaftsjahr 1997/98 zugewiesenen Flächen hinzugefügt werden.“

2. In Artikel 2 Absatz 1 wird der Buchstabe d) gestrichen.

3. Dem Artikel 4 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 gilt für das Wirtschaftsjahr 1996/97 folgendes:

- Die Frist für die Stellung der Anträge auf Gewährung der Prämie nach Absatz 1 ist der 31. März 1997;
- die Frist für die Rodung nach Absatz 2 ist der 31. Mai 1997.“

### Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1997.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 17. März 1997.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

J. VAN AARTSEN

<sup>(1)</sup> Stellungnahme vom 14. März 1997 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

<sup>(2)</sup> Stellungnahme vom 26. Februar 1997 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 132 vom 28. 5. 1988, S. 3. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1595/96 (ABl. Nr. L 206 vom 16. 8. 1996, S. 36).

## VERORDNUNG (EG) Nr. 535/97 DES RATES

vom 17. März 1997

### zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission<sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments<sup>(2)</sup>,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>(3)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92<sup>(4)</sup> können die Mitgliedstaaten während eines Zeitraums von höchstens fünf Jahren nach der Veröffentlichung der genannten Verordnung unter bestimmten Bedingungen einzelstaatliche Maßnahmen beibehalten, welche die Verwendung der in Absatz 1 Buchstabe b) desselben Artikels genannten Ausdrücke zulassen. Da die genannte Verordnung am 24. Juli 1992 veröffentlicht wurde, läuft die Übergangszeit zum 25. Juli 1997 ab.

Der erste Vorschlag auf Eintragung von geographischen Angaben und von Ursprungsbezeichnungen wurde dem Rat erst im März 1996 vorgelegt, d. h. erst verhältnismäßig kurz vor Ablauf der betreffenden Übergangszeit. Damit diese Übergangszeit ihren Zweck vollständig erfüllt, sollte der Beginn des Fünfjahreszeitraums so verlegt werden, daß er auf den jeweiligen Zeitpunkt der Eintragung der Bezeichnung fällt. Da sich Überschneidungen zwischen Artikel 13 Absatz 1 Buchstaben a) und b) der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 ergeben können, sollte außerdem vorgesehen werden, daß diese Übergangszeit auch auf Buchstabe a) anwendbar ist.

Die Übergangszeit sollte ausschließlich die in Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 genannten Bezeichnungen betreffen. Denn da es sich hier um Bezeichnungen handelt, die in den Mitgliedstaaten bereits angewendet werden, sollte den Herstellern, damit ihnen keine Nachteile entstehen, dieser Anpassungszeitraum eingeräumt werden.

Die Prüfung eines Antrags auf Eintragung einer Bezeichnung als geschützte geographische Angabe oder Ursprungsbezeichnung nach der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 erfordert eine gewisse Zeit. Bis zu einem gemeinschaftlichen Beschluß über die Eintragung der Bezeichnung sollte der betreffende Mitgliedstaat übergangsweise nationale Schutzbestimmungen erlassen können. Zur Lösung etwaiger Konflikte zwischen Erzeugern eines Mitgliedstaats kann der betreffende Mitglied-

staat gegebenenfalls auf nationaler Ebene eine Übergangsfrist einräumen, die später durch einen gemeinschaftlichen Beschluß bestätigt werden müßte. Die Folgen entsprechender nationaler Maßnahmen müßte der betreffende Mitgliedstaat tragen. Schließlich dürften diese Maßnahmen kein Hemmnis für den innergemeinschaftlichen Handel bilden.

Für Bezeichnungen, deren Eintragung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 beantragt ist, kann von Fall zu Fall eine fünfjährige Übergangsfrist vorgesehen werden, allerdings nur im Rahmen des Artikels 7 Absatz 5 Buchstabe b) dieser Verordnung und nur aus bestimmten Gründen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

Die Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Anhänge I und II können nach dem Verfahren des Artikels 15 geändert werden.“

2. In Artikel 5 Absatz 5 wird nach Unterabsatz 1 folgender Text eingefügt:

„Der Mitgliedstaat kann auf nationaler Ebene einen Schutz im Sinne dieser Verordnung sowie gegebenenfalls eine Anpassungsfrist für die übermittelte Bezeichnung lediglich übergangsweise vom Zeitpunkt der Übermittlung an gewähren; entsprechend kann übergangsweise auch bei Anträgen auf Änderung der Spezifikationen verfahren werden.“

Der übergangsweise gewährte nationale Schutz endet mit dem Zeitpunkt, zu dem nach dieser Verordnung über die Eintragung beschlossen wird. Im Rahmen dieses Beschlusses kann gegebenenfalls eine Übergangsfrist von höchstens fünf Jahren vorgesehen werden, sofern die betreffenden Unternehmen die Erzeugnisse mindestens fünf Jahre lang vor der in Artikel 6 Absatz 2 genannten Veröffentlichung unter ständiger Verwendung der betreffenden Bezeichnungen rechtmäßig vertrieben haben.

Für den Fall, daß die Bezeichnung nicht nach dieser Verordnung eingetragen wird, trägt allein der betreffende Mitgliedstaat die Verantwortung für die Folgen eines solchen nationalen Schutzes.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. C 241 vom 20. 8. 1996, S. 7.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. C 33 vom 3. 2. 1997.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. C 30 vom 30. 1. 1997, S. 39.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 208 vom 24. 7. 1992, S. 1. Verordnung geändert durch die Beitrittsakte von 1994.

Maßnahmen der Mitgliedstaaten nach Unterabsatz 2 sind nur auf nationaler Ebene wirksam und dürfen nicht den innergemeinschaftlichen Handel beeinträchtigen.“

3. Artikel 7 Absatz 4 zweiter Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

„— oder dargelegt wird, daß sich die Eintragung der vorgeschlagenen Bezeichnung nachteilig auf das Bestehen einer ganz oder teilweise gleichlautenden Bezeichnung oder einer Marke oder auf das Bestehen von Erzeugnissen auswirken würde, die sich zum Zeitpunkt der in Artikel 6 Absatz 2 genannten Veröffentlichung bereits seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Verkehr befinden.“

4. Artikel 13 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Abweichend von Absatz 1 Buchstaben a) und b) können die Mitgliedstaaten einzelstaatliche Regelungen, die die Verwendung von gemäß Artikel 17 eingetragenen Bezeichnungen zulassen, während eines Zeitraums von höchstens fünf Jahren nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Eintragung beibehalten, sofern

- die Erzeugnisse mindestens fünf Jahre lang vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Verordnung rechtmäßig unter der Bezeichnung in den Verkehr gebracht worden sind;
- die Unternehmen die betreffenden Erzeugnisse rechtmäßig in den Verkehr gebracht haben und dabei die Bezeichnung während des unter dem

ersten Gedankenstrich genannten Zeitraums ständig verwendet haben;

- aus der Etikettierung der tatsächliche Ursprung des Erzeugnisses deutlich hervorgeht.

Diese Ausnahme darf allerdings nicht dazu führen, daß die Erzeugnisse unbeschränkt im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats in den Verkehr gebracht werden, in dem diese Bezeichnungen untersagt waren.“

5. Dem Artikel 13 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Für Bezeichnungen, deren Eintragung gemäß Artikel 5 beantragt wird, kann im Rahmen des Artikels 7 Absatz 5 Buchstabe b) eine Übergangszeit von höchstens fünf Jahren vorgesehen werden; dies gilt ausschließlich für den Fall eines Einspruchs, der für zulässig erklärt wurde, weil die Eintragung des vorgeschlagenen Namens sich nachteilig auf das Bestehen einer ganz oder teilweise gleichlautenden Bezeichnung oder auf das Bestehen von Erzeugnissen auswirken würde, die sich zum Zeitpunkt der in Artikel 6 Absatz 2 genannten Veröffentlichung bereits seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Verkehr befinden.

Diese Übergangszeit kann nur dann vorgesehen werden, wenn die Unternehmen die betreffenden Erzeugnisse rechtmäßig in den Verkehr gebracht und dabei seit mindestens fünf Jahren vor der in Artikel 6 Absatz 2 genannten Veröffentlichung ständig die betreffenden Bezeichnungen verwendet haben.“

#### *Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 17. März 1997.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

J. VAN AARTSEN

## VERORDNUNG (EG) Nr. 536/97 DES RATES

vom 17. März 1997

### zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich der önologischen Verfahren und Behandlungen

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 26 Absatz 4,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mehrere Mitgliedstaaten haben gemäß Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 die versuchsweise Anwendung önologischer Verfahren genehmigt, die durch die genannte Verordnung nicht vorgesehen sind. Aufgrund der erzielten Ergebnisse läßt sich davon ausgehen, daß diese Verfahren geeignet sind, die Weinbereitung und Haltbarmachung der betreffenden Erzeugnisse zu verbessern, ohne dadurch die Gesundheit der Verbraucher zu gefährden. Die meisten dieser Verfahren sind bereits von den zuständigen internationalen Behörden anerkannt. Sie sollten deshalb auf Gemeinschaftsebene endgültig zugelassen werden, sobald genaue Anwendungsbedingungen erlassen worden sind. Der Anhang VI der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 ist entsprechend zu ändern.

In den Bezugnahmen auf bestimmte önologische Verfahren sind Ungenauigkeiten festgestellt worden; diese sind entsprechend zu korrigieren.

In der deutschen Fassung des Anhangs VI der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 ist in Nummer 1 Buchstabe q) und in Nummer 3 Buchstabe z) das Wort „Milchbakterien“ durch das wissenschaftlich korrekte Wort „Milchsäurebakterien“ zu ersetzen.

Die Richtlinie 94/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>(2)</sup> enthält Bestimmungen über Farbstoffe, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen. Es ist klarzustellen, daß der Begriff „caramel“ (Zuckerulör) sich in dieser Verordnung ausschließlich auf das Produkt bezieht, das der in der genannten Richtlinie definierten Färbung dient. Es ist jedoch möglich, daß einige Erzeuger nach dem Tag des Inkrafttretens der Verordnung (EWG) Nr. 4250/88<sup>(3)</sup>, die die Verordnung (EWG) Nr. 822/87 in diesem Punkt ändert, ein durch Erhitzen von Zucker erhaltenes süßes aromatisches Produkt verwendet haben. Dieses Produkt sollte daher für den Zeitraum von dem obengenannten Tag bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung ebenfalls zugelassen werden —

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1592/96 (AbI. Nr. L 206 vom 16. 8. 1996, S. 31).

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 237 vom 10. 9. 1994, S. 13.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 373 vom 31. 12. 1988, S. 59.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

Der Anhang VI der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1:

a) erhält Buchstabe a) folgende Fassung:

„a) Belüftung oder Zusatz von Sauerstoff;“

b) Buchstabe q) wird in der deutschen Fassung das Wort „Milchbakterien“ durch das Wort „Milchsäurebakterien“ ersetzt.

2. In Nummer 3:

a) Buchstabe z) wird in der deutschen Fassung das Wort „Milchbakterien“ durch das Wort „Milchsäurebakterien“ ersetzt;

b) erhält Buchstabe za) folgende Fassung:

„za) Zusatz von Zuckerkulör im Sinne der Richtlinie 94/36/EG zur Verstärkung der Farbe von Likörwein und Qualitätslikörwein b.A.“

3. Folgende Nummer wird hinzugefügt:

„(4) Önologische Verfahren und Behandlungen, die ausschließlich im Rahmen der nach dem Verfahren des Artikels 83 festgelegten Anwendungsbedingungen für die im einleitenden Satz der Nummer 3 genannten Erzeugnisse angewendet werden dürfen;

a) Zuführung von Sauerstoff;

b) Behandlung durch Elektrodialyse zur Verhinderung der Weinsteinausfällung;

c) Anwendung von Urease zur Verringerung des Harnstoffgehalts im Wein.“

#### *Artikel 2*

Vom 1. September 1989 bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung gilt der Zusatz sämtlicher in der Fußnote 2 in Anhang I der Richtlinie 94/36/EG aufgezählten Produkte zur Verstärkung der Farbe von Likörweinen und Qualitätslikörweinen b.A. als im Sinne des Anhangs VI Nummer 3 Buchstabe za) der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 zugelassen.

#### *Artikel 3*

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Artikel 2 gilt jedoch mit Wirkung vom 1. September 1989.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 17. März 1997.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

J. VAN AARTSEN

---

## VERORDNUNG (EG) Nr. 537/97 DES RATES

vom 18. März 1997

## zur Eröffnung eines Gemeinschaftszollkontingents für Gerste zur Malzherstellung des KN-Codes 1003 00

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Gemeinschaft hat sich beim Abschluß der Verhandlungen zu Artikel XXIV.6 GATT verpflichtet, die entstandenen Probleme zu prüfen, wenn die Anwendung der „Repräsentativpreisregelung“ für Getreide den Handel zu behindern scheint. Bei bestimmten Lieferungen von Gerste zur Malzherstellung wurden Behinderungen festgestellt.

Um diese Behinderungen zu beseitigen, ist für das restliche Kalenderjahr 1996 ein Gemeinschaftszollkontingent für Gerste zur Malzherstellung des KN-Codes 1003 00 zu eröffnen.

Die Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung sind nach Artikel 23 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup> zu erlassen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

(1) Für die Zeit vom 1. Juni 1996 bis zum 31. Dezember 1996 wird ein Gemeinschaftszollkontingent über 30 000 Tonnen Qualitätsgerste des KN-Codes

1003 00 zur Herstellung von Braumalz für die Bereitung von Bier in Buchenfässern eröffnet.

(2) Der Gemeinsame Zolltarif im Rahmen des Kontingents beträgt 50 % des vollen Zollsatzes vom Tag der Einfuhr ohne Abschlag.

*Artikel 2*

Die Kommission erläßt die Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung nach dem Verfahren des Artikels 23 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92; sie erläßt insbesondere Vorschriften

- i) zur Gewährleistung der Art und Herkunft der Gerste;
- ii) zur Anerkennung des Dokuments, mit dem die Gewährleistung nach Ziffer i) überprüft werden kann;
- iii) zur Gewährleistung, daß die Gerste für die Herstellung von Braumalz verwendet wird.

*Artikel 3*

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 15. Mai 1997, vorausgesetzt, die Vereinigten Staaten ziehen ihren Antrag vom 13. Februar 1997 auf Einsetzung eines WTO-Streitbeilegungspanels über die Einfuhrregelung der Gemeinschaft für Reis und Getreide bis zum 1. Mai 1997 zurück. Eine entsprechende Bekanntmachung wird von der Kommission vor dem 15. Mai 1997 im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 18. März 1997.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

J. VAN AARTSEN

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 923/96 (ABl. Nr. L 126 vom 24. 5. 1996, S. 37).

**VERORDNUNG (EG) Nr. 538/97 DER KOMMISSION**

vom 24. März 1997

**über die Lieferung von Getreide im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1292/96 des Rates  
vom 27. Juni 1996 über die Nahrungsmittelhilfepolitik  
und -verwaltung sowie über spezifische Maßnahmen zur  
Erhöhung der Ernährungssicherheit<sup>(1)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der vorgenannten Verordnung wurde die Liste der für  
die Nahrungsmittelhilfe in Betracht kommenden Länder  
und Organisationen und der für die Beförderung der  
Nahrungsmittellieferung über die fob-Stufe hinaus  
geltenden allgemeinen Kriterien festgelegt.

Die Kommission hat infolge mehrerer Beschlüsse über  
die Nahrungsmittelhilfe bestimmten Begünstigten  
Getreide zugeteilt.

Diese Bereitstellungen erfolgen nach der Verordnung  
(EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987  
über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die  
Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der  
Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft<sup>(2)</sup>, geändert durch  
die Verordnung (EWG) Nr. 790/91<sup>(3)</sup>. Zu diesem Zweck  
sollten insbesondere die Lieferfristen und -bedingungen  
sowie das Verfahren zur Bestimmung der sich daraus  
ergebenden Kosten genauer festgelegt werden.

Da für eine bestimmte Partie nur kleine Mengen zu  
liefern sind, sollte unter Berücksichtigung der Art der  
Verpackung und der Vielzahl von Bestimmungsorten die

Möglichkeit vorgesehen werden, daß die Bieter zwei,  
gegebenenfalls nicht ein und demselben Hafengebiet  
zugehörige Verladehäfen angeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft  
wird Getreide bereitgestellt zur Lieferung an die in dem  
Anhang aufgeführten Begünstigten gemäß der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2200/87 zu den in dem Anhang aufge-  
führten Bedingungen. Die Zuteilung der Lieferungen  
erfolgt im Wege der Ausschreibung.

In dem die Partie D betreffenden Gebot dürfen abwei-  
chend von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe d) der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2200/87 zwei, nicht notwendigerweise  
ein und demselben Hafengebiet zugehörige Verladehäfen  
angegeben werden.

Es wird davon ausgegangen, daß der Zuschlagsempfänger  
die geltenden allgemeinen und besonderen Geschäftsbe-  
dingungen kennt und akzeptiert. Andere in seinem  
Angebot enthaltene Bedingungen oder Vorbehalte gelten  
als nicht geschrieben.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentli-  
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*  
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. März 1997

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 166 vom 5. 7. 1996, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1987, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1991, S. 108.

## ANHANG

## PARTIE A

1. **Maßnahme Nr. (1):** 140/96
2. **Programm:** 1996
3. **Begünstigter (2):** World Food Programme (WFP), via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma; [Tel.: (39-6) 57 971; Telex: 626675 WFP I]
4. **Vertreter des Begünstigten:** Wird vom Begünstigten benannt
5. **Bestimmungsort oder -land:** Bangladesch
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Weichweizen
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II A 1 a))
8. **Gesamtmenge (Tonnen):** 19 752
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung:** lose Schüttung
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Gemeinschaftsmarkt
12. **Lieferstufe:** frei Verschiffungshafen — fob gestaut und „trimmed“ (12)
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen:** 21. 4. — 11. 5. 1997
18. **Lieferfrist:** —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 8. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) **Frist für die Angebotsabgabe:** 22. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen:** 5. — 25. 5. 1997
  - c) **Lieferfrist:** —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (1):**

Bureau de l'aide alimentaire, Attn. Mr T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel; Telex: 25670 AGREC B; Telefax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (4):** Die am 31. 3. 1997 gültige und durch die Verordnung (EG) Nr. 370/97 der Kommission (Abl. Nr. L 60 vom 1. 3. 1997, S. 16) festgesetzte Erstattung.

## PARTIE B

1. **Maßnahme Nr.** (1): 129/96
2. **Programm:** 1996
3. **Begünstigter** (2): World Food Programme (WFP), via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma; [Tel.: (39-6) 57 971; Telex: 626675 WFP I]
4. **Vertreter des Begünstigten:** Wird vom Begünstigten benannt  
Siteen Street, Sana'a
5. **Bestimmungsort oder -land** (3): Jemen
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Weichweizen
7. **Merkmale und Qualität der Ware** (3) (7): Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II A 1 a)
8. **Gesamtmenge (Tonnen):** 9 168
9. **Anzahl der Parteien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung** (8): Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (1 0 A 1 c, 2 c und B 2)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II A 3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: Englisch
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Gemeinschaftsmarkt
12. **Lieferstufe:** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** Hodeidah
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen:** 21. 4. — 4. 5. 1997
18. **Lieferfrist:** 25. 5. 1997
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 8. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) Frist für die Angebotsabgabe: 22. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen: 5. — 18. 5. 1997
  - c) Lieferfrist: 8. 6. 1997
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie** (1):  
Bureau de l'aide alimentaire, Attn. Mr T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel; Telex: 25670 AGREC B; Telefax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers** (4): Die am 31. 3. 1997 gültige und durch die Verordnung (EG) Nr. 370/97 der Kommission (ABl. Nr. L 60 vom 1. 3. 1997, S. 16) festgesetzte Erstattung

## PARTIE C

1. **Maßnahme Nr. (1):** 128/96
2. **Programm:** 1996
3. **Begünstigter (2):** World Food Programme (WFP), via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma (Tel.: (39-6) 57 971; Telex: 626675 WFP I)
4. **Vertreter des Begünstigten:** WFP Egypt, Attn WFP Representative, 1191 Corniche El Nil, Boulak, Cairo
5. **Bestimmungsort oder -land: (3):** Ägypten
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Weichweizenmehl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II B 1 a)
8. **Gesamtmenge (Tonnen):** 8 626
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (8) (9):** Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (2 2 A 1 d, 2 d und B 1)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 ( II B 3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: Englisch
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Gemeinschaftsmarkt
12. **Lieferstufe:** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** Alexandria
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen:** 5. — 18. 5. 1997
18. **Lieferfrist:** 1. 6. 1997
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 8. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) **Frist für die Angebotsabgabe:** 22. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen:** 19. 5. — 1. 6. 1997
  - c) **Lieferfrist:** 15. 6. 1997
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebotes und der Ausschreibungsgarantie (1):**  
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46, 200, rue de la Loi/Wetstraat, B-1049 Bruxelles/Brussel; Telex: 25670 AGREC B; Telefax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (4):** Die am 31. 3. 1997 gültige und durch die Verordnung (EG) Nr. 370/97 der Kommission (ABl. Nr. L 60 vom 1. 3. 1997, S. 16) festgesetzte Erstattung

## PARTIE D

1. **Maßnahme Nr. (1):** 1444/95 (D1); 1445/95 (D2)
2. **Programm:** 1995
3. **Begünstigter (2):** Euronaid, Postbus 12, NL-2501 CA Den Haag, Nederland [Tel.: (31-70) 33 05 757; Telefax: 36 41 701; Telex: 30960 EURON NL]
4. **Vertreter des Begünstigten (11):** Wird vom Begünstigten benannt
5. **Bestimmungsort oder -land:** D1: Peru; D2: Madagaskar
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Weichweizenmehl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7) (13):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II B 1 a))
8. **Gesamtmenge (Tonnen):** 100
9. **Anzahl der Partien:** 1 in 2 Teilmengen (D1: 80 Tonnen; D2: 20 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (6) (8) (9):** Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (2.2 A 1 d), 2 d) und B 4)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II B 3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: D1: Spanisch; D2: Französisch
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Gemeinschaftsmarkt
12. **Lieferstufe:** frei Verschiffungshafen (10)
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen:** 28. 4. — 18. 5. 1997
18. **Lieferfrist:** —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 8. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) Frist für die Angebotsabgabe: 22. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen: 12. 5. — 1. 6. 1997
  - c) Lieferfrist: —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (1):**  
Bureau de l'aide alimentaire, Attn. Mr T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel; Telex 25670 AGREC B; Telefax (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (4):** Die am 31. 3. 1997 gültige und durch die Verordnung (EG) Nr. 370/97 der Kommission (Abl. Nr. L 60 vom 1. 3. 1997, S. 16) festgesetzte Erstattung

## PARTIE E

1. **Maßnahme Nr. (¹):** 1446/95 (E1); 1447/95 (E2); 1448/95 (E3)
2. **Programm:** 1995
3. **Begünstigter (²):** CICR, 19 avenue de la Paix, CH-1202 Genève; Tel.: (41-22) 734 60 01; Telex: 22269 CICR CH
4. **Vertreter des Begünstigten:** ICRC Tbilissi, Dutu Megreli Road 1, 380003 Tbilissi; Tel.: (788 32) 93 55 11; Telefax: (788 32) 93 55 20
5. **Bestimmungsort oder -land:** Georgien
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Weichweizenmehl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (³) (⁴):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II B 1 a)
8. **Gesamtmenge (Tonnen):** 500
9. **Anzahl der Partien:** 1 in 3 Teilmengen (E1: 100 Tonnen; E2: 200 Tonnen; E3: 200 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (⁵) (⁶):** Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (2.2 A 1 a), 2 a) und B 2)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II B 3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: Englisch  
Ergänzende Aufschriften: AZ0045 (E1); GG0076 (E2); AM0023 (E3)
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Gemeinschaftsmarkt
12. **Lieferstufe:** frei Bestimmungsort
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** ICRC Tbilissi, Dutu Megreli Road 1, 380003 Tbilissi
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen:** 28. 4. — 11. 5. 1997
18. **Lieferfrist:** 1. 6. 1997
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 8. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) Frist für die Angebotsabgabe: 22. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen: 12. — 25. 5. 1997
  - c) Lieferfrist: 15. 6. 1997
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (¹):**  
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Mr T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel; Telex: 25670 AGREC B; Telefax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (⁷):** Die am 31. 3. 1997 gültige und durch die Verordnung (EG) Nr. 370/97 der Kommission (ABl. Nr. L 60 vom 1. 3. 1997, S. 16) festgesetzte Erstattung

## PARTIE F

1. **Maßnahme Nr. (¹):** 1185/95
2. **Programm:** 1995
3. **Begünstigter (²):** Angola
4. **Vertreter des Begünstigten:** UTA/ACP/UE, Rua Rainha Jinga n° 6, Luanda, Angola, Tel.: (244-2) 39 34 30/39 12 77, Telefax: 39 25 31, Telex: (0991) 3397 DEL CEE AN
5. **Bestimmungsort oder -land (³):** Angola
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Maismehl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (⁴) (⁵):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II B 1 b))
8. **Gesamtmenge (Tonnen):** 1 200
9. **Anzahl der Partien:** 1 in 3 Teilmengen (F1: 420 Tonnen; F2: 582 Tonnen; F3: 198 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (⁶) (⁷):**  
Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (2 2 A 1 a, 2 a und B 1)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (II B 3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: Portugiesisch
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Gemeinschaftsmarkt
12. **Lieferstufe:** frei Bestimmungsort (¹⁴)
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** Magasins: F1: Somatradin (nahe des Hafens Luanda); F2: A.M.I. (nahe des Hafens Lobito); F3: Socosul — Lubango (180 km von Namibe entfernt)
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen:** 28. 4. — 11. 5. 1997
18. **Lieferfrist:** F1: 8. 6. 1997; F2: 22. 6. 1997; F3: 6. 7. 1997
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 8. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) Frist für die Angebotsabgabe: 22. 4. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen: 12. — 25. 5. 1997
  - c) Lieferfrist: F1: 22. 6. 1997; F2: 6. 7. 1997; F3: 20. 7. 1997
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (¹):**  
Bureau de l'aide alimentaire, Attn. Mr T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46, rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Brüssel; Telex: 25670 AGREC B; Telefax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (¹):** Die am 31. 3. 1997 gültige und durch die Verordnung (EG) Nr. 370/97 der Kommission (ABl. Nr. L 60 vom 1. 3. 1997, S. 16) festgesetzte Erstattung

*Vermerke:*

- (<sup>1</sup>) Die Nummer der Maßnahme ist im gesamten Schriftverkehr anzugeben.
- (<sup>2</sup>) Der Zuschlagsempfänger tritt mit dem Begünstigten baldmöglichst zur Bestimmung der erforderlichen Versandbescheinigungen in Verbindung.
- (<sup>3</sup>) Der Zuschlagsempfänger übergibt dem Begünstigten eine von einer amtlichen Stelle stammende Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Normen betreffend die Kernstrahlung für die zu liefernde Ware nicht überschritten worden sind. In der Bescheinigung über die radioaktive Belastung ist der Gehalt an Cäsium 134 und 137 und an Jod 131 anzugeben.
- (<sup>4</sup>) Die Verordnung (EWG) Nr. 2330/87 der Kommission (ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1987, S. 56), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2226/89 (ABl. Nr. L 214 vom 25. 7. 1989, S. 10), betrifft die Ausfuhrerstattungen. Das in Artikel 2 derselben Verordnung genannte Datum ist das unter Nummer 25 dieses Anhangs stehende Datum.
- Die Erstattung wird mit dem landwirtschaftlichen Umrechnungskurs des Tages in Landeswährung umgerechnet, an dem die Ausfuhrzollförmlichkeiten erfüllt werden. Die Artikel 13 bis 17 der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission (ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1482/96 (ABl. Nr. L 188 vom 27. 7. 1996, S. 22), werden auf diese Erstattung nicht angewandt.
- (<sup>5</sup>) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierende Vertretung der Kommission: ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 33.
- (<sup>6</sup>) Lieferung in Containern von 20 Fuß; Bedingungen FCL/FCL (Jeder Container soll 20 Tonnen netto enthalten).
- Der Lieferant übernimmt die Kosten für das Verbringen frei Terminal im Verladehafen, gestapelt. Der Empfänger übernimmt die folgenden Kosten, auch die für den Abtransport der Container vom Terminal. Artikel 13 Absatz 2 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 ist nicht anwendbar.
- Der Zuschlagsempfänger muß dem Empfänger eine vollständige Ladeliste eines jeden Containers übermitteln, in der die Anzahl der Säcke aufgeführt ist, die zu jeder in der Ausschreibungsbekanntmachung aufgeführten Verladenummer gehören.
- Der Zuschlagsempfänger muß jeden Container mit einer nummerierten Plombe verschließen (SYSKO locktainer 180 seal), deren Nummer dem Spediteur des Begünstigten mitgeteilt wird.
- (<sup>7</sup>) Der Zuschlagsempfänger überreicht dem Empfänger oder seinem Vertreter bei der Lieferung folgende Dokumente:
- pflanzengesundheitliches Zeugnis (D1: + Haltbarkeitsdatum)
  - Partien D und E: Zeugnis über Begasung (die Fracht wird vor der Verschiffung mit Phosphin-Gas geräuchert).
- (<sup>8</sup>) Die Aufschrift erhält, abweichend von ABl. Nr. C 114, Punkt II A 3 c) oder II B 3 c), folgende Fassung: „Europäische Gemeinschaft“.
- (<sup>9</sup>) Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes „R“ tragen.
- (<sup>10</sup>) In dem Gebot dürfen abweichend von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 zwei, nicht notwendigerweise ein und demselben Hafengebiet zugehörige Verladehäfen angegeben werden.
- (<sup>11</sup>) Der Lieferant sendet ein Duplikat der Originalrechnung an: Scheuer Assurantie, Postbus 1315, NL-1000 BH Amsterdam.
- (<sup>12</sup>) Abweichend von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe f) und Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 muß der angebotene Preis alle Lade-, Umschlag-, Staukosten und Kosten für Schaufellader einschließen.
- (<sup>13</sup>) D1: Dem Mehl sind 30 mg Eisen pro kg zuzusetzen.
- (<sup>14</sup>) Die Kosten und Steuern (EP-14, EP-15, EP-17, etc.) gehen zu Lasten des Zuschlagsempfängers. Abweichend von Artikel 15 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 gelten die auf die Einfuhrzollformalitäten entfallenden Kosten und Steuern als im Angebot berücksichtigt.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 539/97 DER KOMMISSION**

vom 24. März 1997

**zur Erteilung von Ausfuhrlicenzen nach dem Verfahren A2 im Sektor Obst und Gemüse**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2190/96 der Kommission vom 14. November 1996 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates hinsichtlich der Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 324/97<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die indikativen Erstattungssätze und die Richtmengen, die für die außerhalb der Nahrungsmittelhilfe nach dem Verfahren A2 zu erteilenden Ausfuhrlicenzen vorgesehen werden, sind durch die Verordnung (EG) Nr. 351/97 der Kommission<sup>(3)</sup> festgelegt.

Angesichts der Lage, die bei den im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 351/97 angegebenen Bestimmungsgruppen jeweils zu berücksichtigen ist, und der Angaben, die den Anträgen auf Erteilung von Ausfuhrlicenzen nach dem Verfahren A2 zu entnehmen sind, sind im Fall der Orangen und der Äpfel, die für die geographischen Gruppen X und Y bestimmt sind, die Erstattungen endgültig so festzusetzen, daß sie sich von den indikativen Erstattungssätzen unterscheiden, ohne jedoch das Doppelte dieser Sätze zu überschreiten. Es sind außerdem die auf die beantragten Mengen anzuwendenden Zuteilungssätze zu verringern.

Zur Erteilung von Lizenzen nach dem Verfahren A2 für Äpfel, die für die geographische Gruppe Z bestimmt sind, wurden in allen Fällen als Mindestsätze die höchstzulässigen Sätze und somit das Doppelte des indikativen Erstattungssatzes beantragt. Da aufgrund der Angaben der betreffenden Anträge festzustellen ist, daß der indikative Erstattungssatz von 56 ECU/t nicht ausreicht, müßte der

endgültige Erstattungssatz erhöht werden. Unter Berücksichtigung der Erfahrung, die in früheren Zeiträumen mit der Festsetzung der Erstattungssätze für die nach dem Verfahren A2 zu erteilenden Lizenzen erworben wurde, und da keine Anzeichen für eine plötzliche Änderung der Marktlage vorliegen, werden die Angaben der betreffenden Anträge jedoch nicht als repräsentativ für die derzeitige Marktlage angesehen.

Es ist deshalb aus wirtschaftlichen Gründen nicht gerechtfertigt, für Äpfel, die für die geographische Gruppe Z bestimmt sind, einen anderen als den indikativen Erstattungssatz festzusetzen.

In Anwendung von Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 2190/96 gelten Anträge, die höhere Sätze als die entsprechenden endgültigen Sätze betreffen, als nichtig —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

(1) Für die gemäß Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 351/97 nach dem Verfahren A2 beantragten Ausfuhrlicenzen gilt als tatsächlicher Tag der Antragstellung im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 2190/96 der 25. März 1997.

(2) Die im vorstehenden Absatz genannten Lizenzen werden erteilt zu den im Anhang genannten endgültigen Erstattungssätzen und Anteilen an den beantragten Mengen.

(3) Gemäß Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 2190/96 sind die in Absatz 1 genannten Anträge ungültig, wenn sie höhere Sätze betreffen als die entsprechenden, im Anhang angegebenen Sätze.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 25. März 1997 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. März 1997

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 292 vom 15. 11. 1996, S. 12.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 52 vom 22. 2. 1997, S. 10.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 59 vom 28. 2. 1997, S. 4.

## ANHANG

Erzeugnis	Bestimmung oder Bestimmungsgruppe	Endgültiger Erstattungssatz (ECU/t netto)	Zuteilungssatz (in % der beantragten Menge)
Orangen	XC	100	100 %
	Y	120	93 %
Äpfel	X	25	84 %
	Y	7	100 %
	Z	56	—

**VERORDNUNG (EG) Nr. 540/97 DER KOMMISSION**

vom 24. März 1997

**betreffend die Erteilung von Lizenzen zur Einfuhr von Bananen im Rahmen des  
Zollkontingents für das zweite Vierteljahr 1997 und die Einreichung neuer  
Anträge**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates  
vom 13. Februar 1993 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Bananen <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EG) Nr. 3290/94 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 20,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1442/93 der Kommis-  
sion <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr.  
1409/96 <sup>(4)</sup>, wurde die Einfuhr von Bananen in die  
Gemeinschaft geregelt, mit der Verordnung (EG) Nr.  
478/95 der Kommission <sup>(5)</sup>, geändert durch die Verord-  
nung (EG) Nr. 702/95 <sup>(6)</sup>, wurden zusätzliche Bestim-  
mungen zur Anwendung der Zollkontingentsregelung  
gemäß den Artikeln 18 und 19 der Verordnung (EWG)  
Nr. 404/93 erlassen.

Nach Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr.  
1442/93 werden die Mengen anteilmäßig gekürzt, für die  
im Rahmen einer und/oder einer anderen Gruppe von  
Marktbeteiligten Einfuhrlicenzen beantragt werden für ein  
bestimmtes Vierteljahr und einen den Ländern oder  
Ländergruppen gemäß Anhang I der Verordnung (EG)  
Nr. 478/95 entsprechenden Ursprung. Diese Vorschrift  
gilt jedoch nicht für Anträge, die Lizenzen für die Kate-  
gorie C oder die Kategorien A und B von höchstens 150  
Tonnen betreffen, sofern die so beantragte Gesamtmenge  
der Kategorien A und B eines bestimmten Ursprungs  
15 % der beantragten Gesamtmengen nicht überschreitet.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 344/97 der Kommission <sup>(7)</sup>  
wurden gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EWG)

Nr. 1442/93 die für das zweite Vierteljahr 1997 im  
Rahmen des Zollkontingents zu bestimmenden Einfuhr-  
richtmengen festgelegt.

Für die Mengen, für welche Einfuhrlicenzen beantragt  
wurden, und die zum Teil niedriger sind als die für das  
genannte Vierteljahr festgelegten Richtmengen oder diese  
nicht wesentlich überschreiten, werden die Lizenzen  
erteilt. Da andererseits bei mehreren Ursprüngen die  
Richtmengen oder die im Anhang zu der Verordnung  
(EG) Nr. 478/95 bestimmten spezifischen Quoten von  
den Antragsmengen weit übertroffen werden, ist der  
Prozentsatz zu bestimmen, um den die Anträge im  
Rahmen der betreffenden Lizenzkategorie bei dem jewei-  
ligen Ursprung oder den jeweiligen Ursprüngen unter den  
vorstehenden Bedingungen zu kürzen sind.

Die Höchstmenge, für welche Lizenzen noch beantragt  
werden dürfen, ist unter Berücksichtigung der Richt-  
mengen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 344/97 und der  
Anträge zu bestimmen, die in der vom 1. bis 7. März 1997  
reichenden Antragsfrist angenommen werden.

Diese Verordnung müßte, damit die Lizenzen schnellst-  
möglich erteilt werden können, unverzüglich in Kraft  
treten.

Der Verwaltungsausschuß für Bananen hat nicht inner-  
halb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist  
Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Im Rahmen des mit den Artikeln 18 und 19 der Verord-  
nung (EWG) Nr. 404/93 eingeführten Zollkontingents  
werden für das zweite Vierteljahr 1997 Einfuhrlicenzen  
erteilt

1. für die in den Lizenzanträgen vermerkten,

- a) mit dem Verringerungskoeffizienten 0,7223 multi-  
plizierten Mengen der Kategorie B mit Ursprung in  
Costa Rica, ausgenommen Anträge, die sich auf 150  
Tonnen oder weniger beziehen;

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 47 vom 25. 2. 1993, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 142 vom 12. 6. 1993, S. 6.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 181 vom 20. 7. 1996, S. 13.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 49 vom 4. 3. 1995, S. 13.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 71 vom 31. 3. 1995, S. 84.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 58 vom 27. 2. 1997, S. 36.

- b) mit dem Verringerungskoeffizienten 0,5018 multiplizierten Mengen der Kategorien A und B Ursprung „andere“, ausgenommen Anträge, die sich auf 150 Tonnen oder weniger beziehen;
- c) mit dem Verringerungskoeffizienten 0,9030 multiplizierten Mengen der Kategorie B mit Ursprung in Kolumbien, ausgenommen Anträge, die sich auf 150 Tonnen oder weniger beziehen;
2. für die in den Lizenzanträgen vermerkten Mengen mit einem anderen Ursprung als dem unter Ziffer 1 genannten;
3. für die in den Lizenzanträgen vermerkten Mengen der Kategorie C.

*Artikel 2*

Die Mengen, für welche für das zweite Vierteljahr 1997 noch Lizenzanträge eingereicht werden dürfen, sind im Anhang festgesetzt.

*Artikel 3*

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. März 1997

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

## ANHANG

*(in Tonnen)*

	Verfügbare Mengen für neue Anträge
KOLUMBIEN	
— Kategorie A	92 845,908
COSTA RICA	
— Kategorie A	97 631,471
NICARAGUA	
— Kategorie A	11 288,000
— Kategorie B	6 726,040
VENEZUELA	14 220,000
DOMINIKANISCHE REPUBLIK	10 944,973
BELIZE	5 005,806
KAMERUN	2 550,000
ELFENBEINKÜSTE	1 899,500
Andere AKP-Staaten	1 606,052

**VERORDNUNG (EG) Nr. 541/97 DER KOMMISSION**  
**vom 24. März 1997**  
**zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst**  
**und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der  
Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchfüh-  
rungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von  
Obst und Gemüse <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EG) Nr. 2375/96 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 4  
Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des  
Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit  
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-  
wendenden Umrechnungskurse <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch  
die Verordnung (EG) Nr. 150/95 <sup>(4)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen  
Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der  
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien  
sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in  
ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume  
festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im  
Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen  
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94  
genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle  
im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 25. März 1997 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. März 1997

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 325 vom 14. 12. 1996, S. 5.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

## ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 24. März 1997 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code (¹)	Pauschaler Einfuhrpreis	
0702 00 15	204	62,5	
	212	102,8	
	624	129,8	
	999	98,4	
0707 00 15	052	161,8	
	999	161,8	
0709 10 10	220	138,2	
	999	138,2	
0709 90 73	052	88,0	
	204	86,0	
	999	87,0	
0805 10 01, 0805 10 05, 0805 10 09	052	87,7	
	204	42,5	
	212	49,7	
	448	23,9	
	600	47,0	
	624	50,8	
	999	50,3	
0805 30 20	052	56,4	
	600	92,8	
	999	74,6	
0808 10 51, 0808 10 53, 0808 10 59	060	56,5	
	388	94,4	
	400	92,8	
	404	91,9	
	508	84,9	
	512	87,8	
	524	69,1	
	528	95,6	
	999	84,1	
	0808 20 31	052	122,5
		388	63,7
400		82,0	
512		66,0	
528		76,0	
999		82,0	

(¹) Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 68/96 der Kommission (ABl. Nr. L 14 vom 19. 1. 1996, S. 6). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

**BERICHTIGUNGEN**

**Berichtigung der Richtlinie 96/69/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Oktober 1996 zur Änderung der Richtlinie 70/220/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft durch Emissionen von Kraftfahrzeugen**

*(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 282 vom 1. November 1996)*

Seite 66, Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1:

*anstatt:* „... 1. Oktober 1996 ...“

*muß es heißen:* „... 1. April 1997 ...“.

---

**Berichtigung der Richtlinie 96/79/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über den Schutz der Kraftfahrzeuginsassen beim Frontalaufprall und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG**

*(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 18 vom 21. Januar 1997)*

Seite 8, Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1:

*anstatt:* „... 1. Oktober 1996 ...“

*muß es heißen:* „... 1. April 1997 ...“.

---